



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 46

Das Blatt erscheint jeden Samstag.
Abonnementspreis 3 M. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Landsbergstr. 1, Fernspr. Nordstr. 2746.

Hamburg, den 13. November 1920

Anzeigen kosten die sechsgepaarte Non-
pareillezeile oder deren Raum 1,50 M.
(Der Betrag ist stets vorher einzusenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1919.

Der im vorigen Jahre in Nürnberg abgehaltene dritte Deutsche Gewerkschaftskongress hat durch die Schaffung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den freien Gewerkschaften, die bis dahin ihre Spitze in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatten, ein festes organisatorisches Gefüge gegeben. Die neue Bezeichnung dieser Organisationsrichtung bedeutet keinen leeren Schall, sie entspricht vielmehr der lebendigsten Wirklichkeit; denn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vereinigt in sich die übergroße Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands und ist zurzeit der stärkste Gewerkschaftsbund der Welt. Als auf der Tagung des Kongresses, im Juli 1919, die alte Gewerkschaftsvereinigung ihren neuen Namen erhielt, gehörten ihr 5,7 Millionen Mitglieder an, und diese Zahl wuchs bis zum Schlusse des Jahres auf 7,8 Millionen. Nunmehr veröffentlicht der Bundesvorstand in einer Beilage zu der Nr. 44 des „Korrespondenzblattes“ eine statistische Uebersicht über die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1919, die uns den gewaltigen Aufschwung, den die freien Gewerkschaften seit dem Ausbruch der Revolution genommen, anschaulich vor Augen führt.

Im Jahre 1918 umfaßten die freien Gewerkschaften 50 Zentralverbände, die zusammen einen Bestand von 10 885 Zweigvereinen hatten und im Jahresdurchschnitt 1 684 901 Mitglieder, darunter 422 957 weibliche, zählten. Im Laufe des Berichtsjahres traten dem Bunde neu bei die Verbände der Film- und Kinoangehörigen, Hotelangestellten, Poliere und Schornsteinfeger. Die Verbände der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten schlossen sich mit dem Verband der Versicherungsbearbeiter, der nicht der früheren Generalkommission angehörte, zu dem Verband der Angestellten zusammen, und der Verband der Bildhauer ging zum Verband der Holzarbeiter über. Es gehörten demnach am Schlusse des Jahres 1919 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde 52 Zentralverbände an. Die Statistik erstreckt sich jedoch nur auf 51, da die Hotelangestellten keinen Bericht einsandten. Die an der Statistik beteiligten Verbände hatten einen Bestand von 28 862 Zweigvereinen; er hat sich gegen die Vorkriegszeit nahezu verdoppelt und gegenüber dem Vorjahre um 18 497 Zweigvereine erhöht. Der seit Ausbruch der Revolution erfolgte Massenzuwachs an Mitgliedern der freien Gewerkschaften wird durch die Quartalszahlen veranschaulicht. Es hatten die Verbände am Schlusse der angeführten Quartale Mitglieder:

	Im ganzen	Davon weiblich
3. Quartal 1918	1 468 132	388 894
4. " 1918	2 866 012	666 892
1. " 1919	4 677 877	998 828
2. " 1919	5 779 291	1 255 282
3. " 1919	6 582 359	1 890 518
4. " 1919	7 338 132	1 612 686

Das Jahr 1919 schließt mit 7 338 132 Mitgliedern ab. Die Zunahme gegenüber der Schluszahl des Vorjahres beträgt 4 472 120. Der stärkste Andrang zu den Gewerkschaften erfolgte gegen Ende des Jahres 1918, gleich nach Ausbruch der Revolution, bis Mitte 1919, dann wurde die Zunahme geringer. Immerhin ist der Zuwachs an Mitgliedern auch im zweiten Halbjahr noch erheblich. Vom dritten zum vierten Quartal 1919 erhöhte sich der Mitgliederbestand noch um 775 773.

Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände 1919: 5 479 078 Mitglieder, darunter 1 192 767 weibliche. Gegenüber dem Vorjahre trat eine Vermehrung von 3 044 272 männlichen, 769 310 weiblichen, zusammen 3 814 082 Mitgliedern ein. Recht erfreulich ist es, daß die Gewinnung der Frauen für die Gewerkschaft, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dem Organisationsgedanken schwerer zugänglich sind, nach der Revolution bessere Fort-

Schritte gemacht hat, als es vor ihr der Fall war. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliedszahl betrug 1919: 21,8 vom Hundert, gegen 8 vom Hundert im Jahre 1918.

Unter den Verbänden befinden sich 11, deren Mitgliederbestand überwiegend aus weiblichen Mitgliedern besteht, und zwar sind es die folgenden, denen die Gesamtzahl an erster Stelle und die der weiblichen Mitglieder an zweiter Stelle in Klammern beigelegt ist: Angestellte (198 957, 107 798), Buchbinder (58 956, 40 800), Buchdruckerhilfsarbeiter (26 890, 17 955), Chorsänger (4407, 2885), Film- und Kinoangehörigen (8785, 1955), Hausangestellten (25 048, 24 840), Gutmacher (17 446, 11 510), Kürschner (5972, 8188), Schneider (114 555, 67 289), Tabakarbeiter (57 084, 42 580) und Textilarbeiter (308 705, 204 982). Diese 11 Verbände zählten zusammen 528 128 weibliche Mitglieder = 45,8 v. Hundert ihrer Gesamtzahl.

Der Mitgliedergehalt der einzelnen Verbände zeigt kein einheitliches Bild; seine Größe war abhängig von dem Umfange, in welchem die verschiedenen Berufsklassen ihren Organisationen vor der Revolution noch fernstanden. So hat der Verband der Buchdrucker, der bereits früher ein gutes Organisationsverhältnis aufwies, im Laufe des Jahres 1919 nur einen Zuwachs von 20 861 Mitgliedern erhalten, während der Landarbeiterverband um 599 465 zunahm. Die Zahl der Verbände mit über 100 000 Mitgliedern ist von 7 im Jahre 1918 auf 12 im Berichtsjahre gestiegen. Es hatten die 12 größten Verbände 1919 im Jahresdurchschnitt Mitglieder: (Die in Klammern gesetzten Zahlen sind die des Jahres 1918.) Metallarbeiter 1 801 536 (556 989), Fabrikarbeiter 477 251 (210 569), Bergarbeiter 398 950 (104 118), Transportarbeiter 398 308 (229 755), Bauarbeiter 339 185 (326 681), Textilarbeiter 308 705 (141 484), Holzarbeiter 284 940 (195 441), Landarbeiter 265 862 (19 077), Eisenbahner 232 685 (—), Gemeinde- und Staatsarbeiter 201 662 (52 896), Angestellte 198 957 (82 160) und Schneider 114 555 (49 978). Die Verbände mit über 100 000 Mitgliedern machten 1918 68,6 vom Hundert des gesamten Mitgliederbestandes aus.

Die Einnahmen- und Ausgabe-summen der Zentralverbände sind 1919 zu einer solchen Höhe angewachsen, daß sie kaum noch in Vergleich mit den Ergebnissen der Finanzwirtschaft der früheren Jahre gestellt werden können. In erster Linie ist das Anschwellen der Summen auf unsere starke Geldentwertung zurückzuführen. Alle Ausgaben der Verbände sind durch die Verteuerung ins fabelhafte gestiegen; die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten, die Drucklegung der Verbandsorgane und die Ausgaben der Unterstützungen, auch die starke Arbeitslosigkeit, die wieder zahl- und umfangreicheren Streiks haben natürlich gleichfalls wesentlich zur Vermehrung der Ausgaben beigetragen. Entsprechend den an sie gestellten höheren Ansprüchen mußten auch die Verbände dazu übergehen, die Beiträge beträchtlich zu erhöhen.

Das Gesamtergebnis der Finanzwirtschaft der Zentralverbände im Jahre 1919 ist: eine Gesamteinnahme von 2 47 806 888 M. (59 767 587), der eine Ausgabe von 2 01 408 709 M. (41 661 709) gegenübersteht. Das Gesamtvermögen belief sich am Schlusse des Jahres auf 1 88 150 000 M. (80 804 595), ohne das Vermögen des Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 keine Angaben darüber macht. Von dem Vermögenbestande befanden sich 107 508 081 M. in den Hauptkassen.

Die Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus: 2 867 269 M. Eintrittsgeldern, 185 954 818 M. Verbandsbeiträgen, 43 098 827 M. örtlichen Beiträgen, 652 903 M. Extrabeiträgen, 4 063 461 M. Zinsen und 10 669 540 M. sonstigen Einnahmen.

Nach 5 Hauptgruppen geordnet, wurde verausgabt für: Unterstützungen 44 942 793 M., Lohnbewegungen und Streiks 45 300 049 M., Verbandsorgane und Bildungszwecke 15 609 512 M. und für Agitation, Konferenzen, Verbandsstage, Kartelle und Sekretariate 38 207 447 M. Die Haupt-, Gau- und Zweigvereinsverwaltungen erforderten

einen Aufwand von 50 848 608 M. Bei den Ausgaben für Unterstützungen steht an erster Stelle die Arbeitslosenunterstützung. Es wurden dafür 27 590 196 M. verausgabt; 1918 dagegen 2 538 040 M. Die Mehraufwendung gegen das Vorjahr ist zum geringeren Teil auf die Erhöhung der Unterstützungen zurückzuführen, in der Hauptsache ist sie durch die umfangreiche Arbeitslosigkeit entstanden. Nächste der Arbeitslosenunterstützung steht die in Krankheitsfällen gewährte mit 11 427 188 M. Für Beihilfe in Sterbefällen wurden 2 167 049 M. und für solche in Nothfällen 1 687 855 M. verausgabt.

Die Deutschen Gewerkschaften (Kirch- und Dunder) haben an der gewaltigen Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften den geringsten Anteil. Sie sind deshalb noch einflußloser geworden als in der Vorkriegszeit. Es gehören dieser Gruppe 19 Organisationen an, die 1919 zusammen einen Bestand von 1728 Ortsvereinen hatten gegen 1720 im Vorjahre. Die gesamte Mitgliederzahl betrug 189 881, darunter 18 086 weibliche Mitglieder. Gegen 1918 erfolgte ein Zuwachs von 76 039 Mitgliedern = 66,92 vom Hundert. Die Gesamteinnahme bezifferte sich auf 5 510 980 M. und die Ausgabe, ohne 418 938 neu angelegter Gelder, auf 4 851 818 M. Der Vermögensbestand betrug 2 955 650 M. Unter den Einnahmen und Ausgaben befinden sich auch die der Kranken- und Begräbniskassen, die selbständige Einrichtungen mit besonderen Beiträgen darstellen.

Die christlichen Gewerkschaften bieten in ihren Jahresstatistiken ein Bild regeren gewerkschaftlichen Lebens als die Deutschen Gewerkschaften. Obwohl sie jüngeren Datums sind, haben sie die ältere Gewerkschaftsrichtung erheblich überflügelt; sie bilden die zweitwichtigste Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Handarbeiter. Nach dem von den christlichen Gewerkschaften in Nr. 20 ihres Zentralorgans, Jahrgang 1920, erstatteten Jahresbericht für 1919 waren ihnen 26 Verbände angeschlossen, die zusammen 9918 Ortsgruppen zählten, gegen 4960 im Jahre 1918. Es hat demnach eine Vermehrung der Ortsgruppen um 4958 stattgefunden.

Die christlichen Gewerkschaften zählten am Schlusse des Jahres 1919: 1 000 770 und im Jahresdurchschnitt 855 283 Mitglieder, davon 160 024 weibliche. 1918 waren es, nach Abzug der Mitglieder der ausgeschiedenen Verbände, 392 914 Mitglieder, davon 62 104 weibliche. Nach der Jahresdurchschnittszahl erhöhte sich der Gesamtbestand um 465 869 Mitglieder = 118,44 %. Die Zahl der weiblichen Mitglieder nahm um 97 020 zu.

Die Gesamteinnahme betrug 25 614 774 M., davon kamen 28 734 222 M. aus Beiträgen. Die Ausgabe beläuft sich auf 18 607 315 M., und der Vermögensbestand bezifferte sich am Schlusse des Jahres auf 20 161 269 M.

Die außerhalb der 8 Gewerkschaftsgruppen stehenden sonstigen Arbeitnehmerorganisationen wurden bisher von der Statistik als „Unabhängige Vereine“ zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt. Die Bezeichnung dieser Gruppe ist jetzt in „Selbständige Vereine“ umgewandelt. Angaben über diese Organisationen liegen erst für 1918 vor. Die amtliche Statistik führt 14 an, darunter 4, die jetzt zu den freien Gewerkschaften gehören. Angaben über die Zahl der Mitglieder machten nur 13 Verbände. Diese hatten zusammen 1859 Zweigvereine. Die Zahl der Mitglieder betrug 214 360, darunter 10 485 weibliche. Ueber die Klassenverhältnisse berichteten nur 12 Verbände mit zusammen 164 764 Mitgliedern. Es betragen die Gesamteinnahmen 1 028 709 M., die Ausgaben 926 122 M. und die Vermögensbestände am Schlusse des Jahres 1918 2 502 520 M.

Die Zusammenfassung der für die 3 Organisationsrichtungen, freie Gewerkschaften, Deutsche Gewerksvereine und christliche Gewerkschaften, vorliegenden statistischen Nachweise ergibt, daß diese 1919 zusammen 6 527 187 Mitglieder, darunter 1 370 877 weibliche, hatten. Von je 100 Mitgliedern der Gesamtzahl kommen auf die freien

Gewerkschaften 88,0, auf die deutschen Gewerkschaften 2,0 und auf die christlichen Gewerkschaften 13,2. Diese Mitgliederzahlen zeigen die starke Ueberlegenheit der Mitgliederkräfte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die anderen beiden Organisationsgruppen, die sich nach dem Ausbruch der Revolution in noch viel höherem Maße herausgebildet hat, als sie vordem bestand. Diese Ueberlegenheit drückt sich auch in der finanziellen Leistungsfähigkeit aus.

Alle 3 Organisationsrichtungen hatten 1919 eine Gesamteinnahme von 278 482 801 M und eine Gesamtausgabe von 224 867 887 M; der Vermögensbestand belief sich am Schlusse des Jahres auf 156 206 028 M. Von je 100 M der Gesamteinnahme und -ausgabe kommen auf die einzelnen Gruppen:

Table with 3 columns: Group, Income, Expense. Rows: Freie Gewerkschaften, Deutsche Gewerksvereine, Christliche Gewerkschaften.

Pro Mitglied betrug der Durchschnittsanteil der Einnahme, der Ausgabe und des Vermögens:

Table with 4 columns: Group, Income, Expense, Assets. Rows: bei den freien Gewerkschaften, Deutschen Gewerksvereinen, christlichen Gewerkschaften.

Es verausgabten für:

Table with 6 columns: Category, Income, Expense, Assets, Income, Expense. Rows: Freie Gewerkschaften, Deutsche Gewerksvereine, Christl. Gewerkschaften.

Das Vertrauen, das sich die freien Gewerkschaften in ihren jahrzehntelangen Kämpfen gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Unternehmertums bei der Arbeiterschaft erworben haben, lenkte nach dem Ausbruch der Revolution den Schritt der Massen zu ihnen. Der ungeheure Machtzuwachs stellt die Gewerkschaften vor neue Aufgaben. Alle ehrlichen Vertreter des Gewerkschaftsgedankens, gleichgültig, welche politische Ueberzeugung sie auch haben, müssen sich einig sein in dem Gedanken: Dem werktätigen Volke seine wirtschaftlichen Kampforganisationen zu erhalten, sie zu fördern und weiter auszubauen. Die planmäßigen, von einer krankhaften Verzerrung der Ideen eingegebenen Versuche, nach dem Moskauer Diktat die Gewerkschaften von innen heraus zu zerstören, müssen mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden. Innerhalb der Gewerkschaften ist ein erfreulicher Gesundungsprozeß zu beobachten, sie dürfen nicht weiter den Tummelplatz prätentiver Leidenschaften bilden. An Stelle über Schlagworte muß Gedankenklarheit treten und, unfruchtbare, zersetzende Kritik abgelöst werden durch praktische, fruchtbare Betätigung. Die innerhalb der Gewerkschaften noch vorhandenen Gegensätze, wie unter anderem die Stellung zu der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und andere Streitpunkte, sind sachlich auszutragen und werden dann sicherlich auch zum Nutzen der Arbeiterschaft gelöst werden. Das ernste und gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit drängt zur positiven Arbeit. Es gilt, die Gewerkschaften zu Trägern einer neuen, besseren Wirtschaftsordnung auszugestalten. Die Entwicklung weist uns den Weg zum Sozialismus; beschreiten wir ihn, fest und sicher, das Ziel nicht aus dem Auge verlierend.

* Berechnet unter Ausschluß der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, der keine Angabe über das Vermögen machte.

** Die Ausgaben der Begräbniskassen, Krankenunterstützung und Sterbegeld sind hier ausgeklammert.

Die Organisation der Maler in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei.

Die Malerorganisation in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei war immer, auch zurzeit als diese Gebiete noch Teile des alten österreichischen Staates waren, durch die kleinstädtische Struktur und durch den kleingewerblichen Charakter des Gewerbes in ihrer Entwicklung gehindert. In dem österreichischen Malerverbände entfielen 1913 auf die 3 Provinzen Böhmen, Mähren und Schlesien — dem heutigen Staatsgebiete der Tschechoslowakei — 985 Mitglieder. Das war ein Siebtel des Mitgliederstandes. Während des Krieges war die Organisation nahezu vollständig verschwunden. Nach dem Zusammenbruch des österreichischen Staates zählte der österreichische Malerverband Ende 1918 in dem deutschen Gebiet, das damals formell noch zu Oesterreich gerechnet wurde, 227 Mitglieder. Die Ungeklärtheit über die staatliche Zugehörigkeit in Verbindung mit der vollständigen Absehnung von dem bisherigen Organisationskörper hat den Wiederaufbau der Organisationen der kleineren Berufe, denen jeder eigene Stützpunkt fehlte, schwer beeinträchtigt. Ein halbes Jahr verfrucht ungenützt, ehe an die Sammlung der zerstreuten Organisationsresten der Berufskollegen gegangen werden konnte.

Der erste Schritt zur Sammlung wurde durch die Einberufung einer Landeskonferenz unternommen. Diese fand am 29. Juni 1919 in Leipzig statt; es waren dort 6 Orte durch Delegierte vertreten. Die Konferenz

beschloß, von der Gründung einer Berufsorganisation der Maler abzusehen und empfahl den Anschluß an den mit dem 1. Juli 1919 seine Tätigkeit beginnenden Deutschen Bauarbeiterverband in der tschechoslowakischen Republik. Der Deutsche Bauarbeiterverband ist ein Industrierverband in weitestem Umfange, und die Mitglieder des österreichischen Verbandes konnten mit ihren erworbenen Rechten in den Verband überreten. Den einzelnen Berufen steht das Recht der Sektionsbildung zu. Ebenso wird streng darauf gesehen, daß den Berufen der Einfluß auf die Verwaltung durch die Verbandkörperschaften ermöglicht wird; ebenso wird bei der Auswahl der freigestellten Kollegen vorgegangen. So sind unter den jetzt tätigen freigestellten Kollegen 2 Maler, obwohl prozentual der Anteil der Maler am Mitgliederstand nur ungefähr ein Fünftel ausmacht.

Am 31. Dezember 1919 wurden 297 Maler und Anstreicher gezählt, Ende Juni 1920 800. Die in den Fabriken beschäftigten Berufskollegen sind zu den zuständigen Industrieorganisationen übergetreten. Außerdem blieben der tschechische Malerverband in unserm Gebiete an 800 Mitglieder haben. Mancher unserer Berufskollegen ist Kleinmeister geworden und in manchem Orte gibt es zweimal soviel Meister wie Gehilfen, so daß zuweilen der Erfolg unserer Lohnbewegungen diesen mehr nützt als unsern Kollegen. Die Organisation hat bedeutende Fortschritte gemacht, aber noch vieles muß herausgeholt werden.

Die Arbeitsverhältnisse in Böhmen sind fast nur durch Tarifverträge geregelt, hier sind Stundenlöhne von 4 bis 6,50 Kronen. Die Löhne der Maler mit den Löhnen der Maurer und Zimmerer gleichzubringen, war erst teilweise möglich. Der Widerstand der Kleinmeister ist äußerst hartnäckig; diese wollen in den Verträgen alle möglichen Kaufschuldbestimmungen. Gänzlich unregelmäßig verhalten sich noch Mähren auf, wo im allgemeinen die Verhältnisse sehr rückständig sind. Solange wir die Organisation der Hauptgruppen dort nicht auf die richtige Höhe bringen, wird es sehr schwer möglich sein, auch die anderen Gruppen vorwärts zu schieben. Im schlesischen Gebiet zeigen sich Anzeichen einer tariflichen Entwicklung, die sehr gute wären. Leider wird hier die Organisationsarbeit durch mangelnde Strömungen, die von Deutschland herüberschlagen, empfindlich beeinträchtigt.

Wir hoffen, all das Versäumte nachzuholen, wenn unsere Berufskollegen tüchtig mitwirken!

Seid einig!

Die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Zuständen ist in den Arbeiterkreisen fast allgemein geworden. Als Gradmesser dieser Unzufriedenheit gilt der Geist, der unsere Gewerkschaftsversammlungen heute oftmals beherrscht und den wahrzunehmen der aufmerksame Beobachter vielfach Gelegenheit hat. Selbst nach guten Vorträgen bleibt der Geist der Zuhörer nicht auf der Höhe, schon die Diskussion zeigt oft ein merkwürdiges Abflauen des Interesses, eine müde Gleichgültigkeit, und schließlich endet die Behandlung der übrigen Punkte in persönlichen und unergieblichen Diskussionen, die nichts weniger als erheben und vielen den Versammlungsbefuch direkt verweigern können.

Geht man der Ursache dieser Erscheinung nach, so ist es vor allem die wirtschaftliche Not, sind es die jämmerlichen Ernährungsbedingungen, die diese bedauernden Zustände zeitigen. In hungrige Mägen nur Eingang finden Suppenlogit mit Knödelgründen — so argumentierte schon vor fast 100 Jahren Heinrich Heine. Und wenn wir uns auch diese „Suppenlogit“ des Dichters nicht vollinhaltlich zuweilen möchten, so liegt doch darin ein wesentlicher Kern für die vorn signierte bellagenernte Erscheinung. Die Arbeitermassen sind in solchen Zeiten unzufriedener denn je. Diese Unzufriedenheit macht sich oft in drastischen Ausrufen Luft, kategorisch wird erklärt, man wolle nicht schöne Redensarten hören, sondern etwas zu essen haben. Der vorhandene Unmut erstreckt vielfach jede sachliche Diskussion. Die jämmerlichen Lebensbedingungen seit langen Jahren rufen diese Erscheinungen hervor, die durch die starke Arbeitslosigkeit und dadurch entstandene noch größere Not nur noch ihre Verschärfung finden.

Hierzu kommt aber noch, daß der unglückselige politische Richtungsstreit leider auch in Gewerkschaftsversammlungen immer noch eine große Rolle spielt. Wenn es auch vielfach möglich gewesen ist, diese Streitereien selbst aus den Gewerkschaftsversammlungen zu verbannen, so zittert dennoch der Gegensatz durch fast alle Diskussionen insofern, daß die Vorschläge der einen Richtung von der andern politischen Richtung von vornherein mißtrauisch ausgenommen, daß sie auch vielfach nur aus dem politischen Gegensatz heraus bekämpft werden. Und von einer solchen Auffassung ist es dann in diesen Zeiten der wirtschaftlichen Not nicht mehr weit bis zur gefährlichsten, persönlichen Anrempelung, die oftmals nur ihren Ursprung findet in der anders gerichteten politischen Anschauung, die bei dem Gegner Vergerniß erregt und auf diese häßliche Weise zum Austrag gebracht wird.

So sehen wir, daß unzureichende Ernährungsweise, Beschäftigungslosigkeit und politische Gegensätzlichkeit die Triebfedern sind, die das Versammlungswesen in vielen Orten herabdrücken. In Betracht kommt wohl auch noch der weitere Umstand, daß viele Arbeiter und Arbeiterinnen sich von der Revolution eine größere Schnellwirkung auf die Verbesserung ihrer Wirtschaftsverhältnisse versprochen hatten und sich nun enttäuscht sehen. Sie machen für die in jeder Richtung unbefriedigenden Verhältnisse alles Mögliche, dabei nicht zuletzt die Verbandsfunktionäre, aber nie sich selbst verantwortlich und machen oftmals eine sachliche Unterhaltung und vor allem eine Diskussion der Vorschläge zur Bessergestaltung der Dinge geradezu illusorisch.

Und doch wäre der Weg zum Besseren so leicht, wenn nur eine ruhige Ueberlegung Platz griffe und den Ursachen nachgespürt würde, die all diese unergieblichen Verhältnisse gezeitigt haben. Wir können überlegen so viel wir wollen: Der Ausgangspunkt der unbefriedigenden Zustände liegt in der vorhandenen Uneinigkeit des Proletariats. Wäre sie nie vorhanden gewesen, wir hätten nicht die heutigen jämmerlichen Zustände. Und würde sie endlich beseitigt, wir kämen weiter. Ja, das ist die Grundbedingung zur Erreichung besserer Verhältnisse! Diese verheerend wirkende Verbitterung, in der Hauptsache entsprossen der wirtschaftlichen

Unlust und der politischen Gegnerschaft, ist das Übel der Arbeiterschaft! Die gegenseitige politische Verbitterung und Besehdung hat bis heute trotz aller Warnungen und eindringlichen Tatsachenlehren nicht nachgelassen, und wäre die Sache nicht so bitter ernst, es fielen nicht schwer, eine öffe Satire zu schreiben über strafende Brüder und Schwestern, die das gleiche Ziel im Auge haben, sich nur über den besten Weg zum Ziel nicht einig sind und denen nun vor lauter Streit und Zank über den rechten Weg das Ziel aus dem Auge schwindet. Meinungsverschiedenheiten hätten wir immer, ja sie haben die Arbeiterklasse großgemacht; der Bruderzank schabete nichts, solange die Einigkeit erhalten blieb, die führte die Örung stets zur Klärung und der Wille der Mehrheit zeigte Ziel und Richtung. Und die Arbeiterschaft könnte heute mit Rechtigkeit bessere Zustände durchsetzen, wenn es noch wie früher wäre, wenn sie nicht der Einigkeit ermangelte! Das ist es! Daran franten wir!

Wäre es denn bei gutem Willen nicht möglich, diese Einigkeit herzustellen? O ja, jedoch wäre die erste Bedingung dazu, daß der wirre Fanatismus, der heute leider so viele befeelt, ja vielfach jedes klare Denken geradezu vergiftet oder ganz ausschaltet, lästlicher Ruhe und einem klaren Erwögen Platz mache. Das erste und einzige Bestreben jedes einzelnen müßte werden, in aller Unbefangenheit, unter Hintansetzung aller erst in zweiter Linie rangierenden Bedenken die Arbeiterschaft über die unbestreitbar große wirtschaftliche Notlage hinwegzuhelfen! Das ganze proletarische Abnnen und Empfinden in voller Einigkeit nur auf diesen Punkt zu konzentrieren, das wäre der Lustakt zu besseren Zeiten, nicht aber das sinn- und kraftlose Nörgeln, das gegenseitige, zerreißende und die Zustände noch mehr verschlechternde gegenseitige Herunterreißen. Nicht der unfruchtbare, sinnlose Streit darum, wer wohl mehr oder weniger die „Schuld“ trägt, sondern die aufrichtige Erkenntnis, daß nur die Einigkeit erlösend wirken kann und daß es gilt, in Einigkeit und völlig unvoreingenommen eine Besserung der Verhältnisse durchzuführen, das ist es, was in Angriff zu nehmen allerhöchste Zeit wäre!

Die äußere proletarische Einigkeit in der Gewerkschaftsbewegung ist noch immer vorhanden, obwohl daran seit Jahren herumgenagt wird. Sie kraftvoll auch nach innen zu gestalten, wäre eine Aufgabe, des Schweißes aller Öhlen wert. Gelingt es nicht und kommt es sogar so weit, daß auch die äußere Hülle des gewerkschaftlichen Zusammenhalts zerfällt, dann geht das Wellenrad rückwärts, dann kann sich die Arbeiterschaft auf eine Zukunft bitterster Not, erbärmlichsten Elends und jämmerlichster Knechtschaft gefast machen. Das will eigentlich keiner. Aber die bei vielen übliche Handlungsweise kann dieses Resultat zeitigen. Deshalb diese Mahnung an alle, dieser Ruf, das läßle und folgerichtige Denken in der Gewerkschaftsbewegung wieder an die erste Stelle zu setzen, um durch gemeinsame, einträchtige Arbeit das große wirtschaftliche Uebel erfolgreich bekämpfen zu können! Fort mit allen unfruchtbaren Diskussionen, die Parole aller sei: praktische Arbeit in Einigkeit zum Besten aller!

Nur dann werden wir besseren Zuständen entgegengehen. Ein anderer Weg ist nicht gangbar. Jedes Abweichen von diesem Wege fördert nur die Ohnmacht und Zerissenheit der Arbeiterschaft. Der Ohnmächtige jedoch ist bar jeder Kraft. Kraft aber braucht die Arbeiterklasse, um ihren Zielen näherzukommen. Die Grundbedingung der proletarischen Kraft und Machttauswirkung aber ist die proletarische Einigkeit!

Lohnbewegungen.

Gießen. Auch hier regten sich die Kollegen wegen der bestehenden unzureichenden Löhne. Am 26. Oktober fand eine gut besuchte Versammlung statt, in der besonders auf die allgemein einsetzende Teuerung für Fett, Kartoffeln, Mehl und alle sonstigen täglichen Bedarfsartikel hingewiesen wurde. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, eine Lohnerhöhung von 10% zu fordern. Am 1. November teilten die Arbeitgeber mit, daß sie am 2. November zur Verhandlung bereit wären. Die Freie Innung hatte der Verhandlungskommission nur Vollmacht gegeben, nicht mehr als 20% zuzugestehen und auch diese nur an Verheiratete. Nach stundenlanger Verhandlung gelang es, eine allgemeine Lohnerhöhung von 40% zu erreichen, so daß der Lohn vom 1. November an 4,80 M. beträgt.

Wetzlar. In einer gut besuchten Versammlung Mitte September nahmen die Kollegen Stellung zu einer weiteren Lohnerhöhung. Misset kam zum Ausdruck, daß der seitherige Lohn von 4,85 M. nicht ausreicht, um nur das Nötigste zu beschaffen. Beschlossen wurde, eine zehnprozentige Lohnerhöhung bei den Arbeitgebern einzureichen. Am 28. September fanden die Verhandlungen statt und es wurde durch das geschlossene Vorgehen eine Lohnerhöhung von 48% erreicht. Der Lohn beträgt vom 1. Oktober an 4,78 M.

Daraus mögen die Kollegen erkennen, daß nur durch eine starke und geschlossene Organisation es möglich ist, die gerechten Forderungen durchzusetzen. Notwendig ist aber auch, daß sich die noch wenigen fernstehenden Kollegen der Organisation anschließen.

Versammlungen im 4. Bezirk.

Wiederholt geäußerten Wünschen verschiedener Filialen folgend und auf Grund eines Konferenzbeschlusses nach gründlicherer Aufklärung der Kollegenschaft und um gleichzeitig unsere Mitglieder über das Ergebnis der am 28. Oktober für Rheinfeld und Westfalen in Essen stattgefundenen Lohnverhandlungen zu unterrichten, fanden in der Zeit vom 24. bis 31. Oktober in einer Reihe Städte des 4. Bezirks allgemeine Mitgliederversammlungen mit den Kollegen Streine und Buchelt als Referenten statt. Die Versammlungen waren durchweg gut — teils sehr gut — besucht und zeigten davon, daß die Kollegen mit den Maßnahmen des Verbandes und seiner allgemeinen Stellung durchaus einverstanden waren.

Kollege Streine referierte in Essen, Dortmund, Elberfeld-Barmen, Düsseldorf und Köln. Er führte unter dem Thema: „Die Gewerkschaften im Kampfe um die Verwirklichung der Sozialisierung“ unter anderem etwa folgendes aus: Die Entwicklung zu höherer Kultur wie zu

höheren Gesellschafts- und Produktionsformen vollzieht sich nach ganz bestimmten Gesetzen. In diese Entwicklung kann der Mensch nicht entscheidend eingreifen, wohl aber kann er sie beschleunigen, vorwärts treiben oder auch hemmen, je nachdem, welche Faktoren jeweils maßgebenden Einfluß gewinnen. Man zeige die Arbeiter, wie vor der Zeit her, als die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Behörden festgelegt wurden, hinweg über die Periode des individuellen Arbeitsvertrages — der aber in Wirklichkeit eine Lüge war — bis zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch korporatives Vorgehen der Arbeiterschaft und schließlich durch die Tarifverträge zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen die frühere Alleinherrschaft des Unternehmertums zwar langsam, aber doch ganz konsequent und unaufhaltsam durch die fortschreitende Entwicklung beseitigt worden ist. Im gleichen Maße aber ist der Einfluß der Arbeiter auf den Produktionsprozeß gewachsen. Diese Entwicklung liegt ganz im Zuge der Sozialisierung, und sie mit allen ihren verschiedenen Kräften und Mitteln gegen den energischen Widerstand des sich den Folgen dieses Vorganges wohl bewußten Unternehmertums, gegen Gesetzgebung, Gerichte und Polizei, nicht zuletzt aber auch gegen den Unverstand großer Arbeiterschichten (Selbst usw.) vorwärtsgetrieben zu haben, ist das Werk unserer Gewerkschaften gewesen. Diese Entwicklung konsequent weitergetrieben, muß schließlich zur Beseitigung des Einflusses des privaten Unternehmertums überhaupt, bis zu dessen völligem Ausschleiden aus dem Produktionsprozeß führen. Dann bedürfte es bis zur Durchführung der Gemeinwirtschaft, zur Verwirklichung des Sozialismus, nur noch eines einfachen gesetzlichen Aktes. Nun erdichtete Kollege Streine die verschiedenen Auffassungen über die beste Form der Sozialisierung und setzte auseinander, daß mit den bisherigen Methoden unserer Wirtschaft Deutschland aus seinem durch gewissenlose Kriegshelden verschuldeten Zusammenbruch nicht gerettet werden könne. Deshalb habe der Gedanke der Sozialisierung gerade infolge des Krieges einen kräftigen Anstoß erhalten und trotz größter Widerstände wird man ihm bedeutungsvolle Konzessionen machen müssen. Bei den großen Schlüsselindustrien angefangen, wird die Entwicklung auf andere Betriebszweige übergreifen, und da ist es gerade die Aufgabe der Gewerkschaften, hier fördernd einzuwirken. — Am schlimmsten zeige sich die Unfähigkeit des Privatunternehmertums zur Herbeiführung einer Katastrophe treibenden Wobnmanagen. Hier sei eine Übung nur möglich auf dem Wege zur Sozialisierung von Grund und Boden und des gesamten Bauwesens. Um durch praktische Beispiele der natürlichen Entwicklung Vorschub zu leisten, sind die verschiedenen Verbände der Bauarbeiter zur Gründung sozialer Baubetriebe auf genossenschaftlicher Basis und eines Verbandes sozialer Baubetriebe geschritten. Auch unser Verband sei diesem Projekt beigetreten, entsprechend den auf unserer Württemberger Generalversammlung aufgestellten Leitlinien. Die Zeit muß lehren, ob diese Maßnahmen zu praktischen Erfolgen führen. — Trotz all dieser großen allgemeinen Aufgaben, vor die uns der Ausgang des Krieges und dessen Auswirkung durch die Revolution gestellt haben, haben wir uns nach wie vor, sogar mit weit größerer Energie noch als schon bisher mit all den Fragen zu beschäftigen, die wir stets in den Vordergrund unserer Tätigkeit stellen. Die Bearbeitung der Lohnfrage ist jetzt bei der anhaltenden Steigerung der Lebenshaltungskosten nötiger als je vorher. Ebenso stehen wir durch den Kampf aufgerechnet der Malermeister gegen den Achtstundentag auf diesem Gebiete vor wichtigen Entscheidungen; denn wenn für irgendein Gewerbe eine möglichst kurze Arbeitszeit notwendig ist, so ist das mit großen Gesundheitschancen bedrohten und Sommer und Winter mit Arbeitslosigkeit heimgesuchte Malergewerbe, gar nicht zu reden von vielen andern hier für den Achtstundentag sprechenden Momenten mehr. Dann behandelte der Redner noch die Frage der Heranziehung und Ausbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses durch die Regelung des Lehrlingswesens unter Berücksichtigung der von uns hierbei zu erhebenden Ansprüche, der Ferienbewährung usw., und besonders auf die Notwendigkeit der Durchführung des Betriebsratgesetzes und der Schulung der Betriebsräte und Obleute durch von den Gewerkschaften geschaffenen Einrichtungen einzugehen. Zum Schluß ermahnte er noch zu weitestgehender politischer Duldsamkeit. Durch Austragung des politischen Meinungsstreites in den Gewerkschaften und die Verfestigung politischer Andersdenkender würden die Gewerkschaften ganz bestimmt zersplittert zum Nutzen all unserer natürlichen Gegner.

Die Ausführungen wurden in allen Versammlungen beifällig aufgenommen. Die anschließenden Diskussionen waren nur kurz und bewegten sich, von dem Hervortreten unwesentlicher Meinungsverschiedenheiten abgesehen, allgemein in zustimmendem Sinne. Ueberall war man sich einig, daß unsere Gewerkschaften eine wichtige Rolle im Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu spielen haben und daß wir ferner im gegenwärtigen Moment viel bedeutungsvolle Aufgaben praktisch zu lösen haben. Es wurde allgemein gewünscht, daß recht oft solche Vorträge gehalten werden.

Kollege Buchelt berichtete in Wochum, Sagen, Duisburg, Sarnborn, Solingen, Münster, Krefeld und Bielefeld über die Verhandlungen mit dem neu gegründeten Rheinisch-Westfälischen Innungsverband. Seine Ausführungen waren ungefähr folgende: Der aus den Restbeständen des Westdeutschen Malermeister- und Innungsverbandes sich neu gegründete Verband umfaßt nunmehr über 70 Orte und hat seinen Beitritt zum Reichsbund für das Malergewerbe vollzogen. Die so erstrebte Arbeitgeberorganisation, die als Mitglied des Reichsbundes zweifellos auch die in Erfurt gefaßten Beschlüsse — Abbau der Löhne — zur Durchführung bringen will, hat als erste Tat unsere Forderung „Gleichstellung der Löhne mit den Bauarbeitern“ grundsätzlich abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte auch wohl deshalb, damit die erst eben zusammengefaßte Organisation nicht auseinanderfällt. Wenn sie sich nicht vollständig auf den Standpunkt „Abbau der Löhne“ gestellt haben, so deshalb, weil die Konjunktur eine gute ist und die Bauarbeiterlöhne um 65 % pro Stunde erhöht wurden. Das uns gemachte Angebot, „grundständige Erhöhung der Löhne aller über 25 Jahre alten und verheirateten Gehilfen“, schien auf unsere Ablehnung berechnet zu sein, da sonst nicht zu verstehen ist, daß die Arbeitgeber jede Erhöhung der Preise für fast alle

Bedarfsgegenstände bestritten. Auch der Tatsache, daß unser wöchentliches Einkommen noch nicht einmal um das Nächstste, dagegen aber die Lebenshaltung weit mehr gestiegen ist, wollte man durch Verbesserung aller Löhne keine Rechnung tragen. Wir werden deshalb gezwungen sein, wenn die beim Reichs- und Staatskommissar nachgesuchte Vermittlung von den Herren abgelehnt wird oder das Ergebnis nicht zufriedenstellend ausfällt, zu Zwangsmaßnahmen zu schreiten. Für uns war das Angebot unannehmbar, da es eine Verschlechterung des Vertrages bedeutete, und weil alle Kollegen unter der gegenwärtig steigenden Teuerung leiden.

Die zahlreichen Diskussionsredner waren über das Angebot der Arbeitgeber so empört, daß sie in den meisten Versammlungen zur sofortigen Arbeitseinstellung aufforderten. Es bedurfte großer Anstrengung, um den Kollegen begreiflich zu machen, daß wir bis zum 31. Oktober an das Lohnabkommen gebunden sind, wenn wir nicht tarifmäßig werden wollen. In allen Versammlungen kam einmütig zum Ausdruck, daß, wenn die neuen Verhandlungen vor dem Staatskommissar kein befriedigendes Resultat bringen, die Arbeitseinstellung schon jetzt eine beschlossene Sache sei, weshalb zur Einigkeit und Stärkung der Organisation aufgefordert wurde.

Aus unserm Beruf.

Hamburg. Am 10. Oktober fand hier eine Bezirksversammlung statt, in der zu dem Thema: „Die Arbeiterjugend in der heutigen Zeit“ gesprochen wurde. Der Referent Holm baute seinen Vortrag auf folgende Leitsätze auf: Durch den Weltkrieg ist innerhalb unseres sozialen Lebens manches gerührt worden, das der heutigen Jugend gar nicht recht zum Bewußtsein gekommen war. Das ist es, was der Jugend die rechte Bewertung des Heute erschwert. Gewiß ist, daß die Erwartung, die man an die Revolution geknüpft hat, daß sie dem Volke eine Besserstellung in jeder Hinsicht bringen werde, sich nicht erfüllte. Dieser Umstand darf uns aber nicht dazu verleiten, das tatsächlich Erreichte zu unterschätzen. Deutschland, vor dem Kriege ein Volk von 70 Millionen beherbergend, zeigte einen hohen Kultur- und Zivilisationsstand, seine Arbeiterschaft war führend in der Arbeiterbewegung der Welt. Die Verschleuderung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Güter im Weltkriege mußten zum Zusammenbruche des alten Staates führen. Eine Regierung, der die innersten Regungen der Volkseele unbekannt blieben, hatte dem Volke bis zum Uebermaß Lasten auf Lasten aufgebürdet gehabt. Nun, nach dem Abtritt der alten Regierung sah sich die Arbeiterschaft vor Aufgaben gestellt, auf die sie weder vorbereitet noch für die sie vorgebildet war. Es ist darum auch ein gewaltiges Werk, das es trotzdem gelang, aus dem Chaos der ersten Zeit zu einer gewissen Regelung unseres staatlichen Gemeinschaftslebens zu kommen. Jedoch es bleibt ein großer Rest. Hier harren der heutigen Jugend bedeutende Aufgaben. Ihr muß daher die geistige Vorbildung werden, die den Vätern gefehlt hat. Falsch ist es drum, die Jugend mit 15 Jahren schon aus der Schule zu entlassen und ungenügend vorbereitet ins Leben zu schicken. Die Vorkurskinder haben den Vorteil der längeren Schulausbildung für ihren Nachwuchs richtig erkannt. Ihre Söhne werden dadurch befähigt, die wichtigsten Staatsstellen zu besetzen und damit die Macht im Staate zu behaupten. Dieses Vorrecht des Besitzes muß gebrochen werden, auch den Kindern des Volkes muß die Bildungsmöglichkeit unbehindert sein, damit sie befähigt werden, den sozialen Neubau zu errichten. Der Ausgangspunkt für alles Wirken in der Gesellschaft ist der Beruf. Die erste Aufgabe für den jungen Menschen ist darum Berufstüchtigkeit zu erlangen. Es nützen nichts Menschen, die vieles bereden und nichts können, sondern nur solche sind wertvoll, die ihr Fach gründlich kennen und können und aus ihm eine Erfahrung schöpfen, die sie befähigt, das Ganze zu beurteilen. Wenn die Jugend diesen Grundsatz richtig erkennt und anwendet, dann wird die Zukunft, die ihr gehört, eine gute Zukunft sein.

Weiden (Oberpfalz). Die Firma Moscher & Noos in Weiden, ein Spezialgeschäft in Brückenanstreichen, hat gegenwärtig eine Eisenbahnbrücke zwischen Marktredwitz und Weiden in Arbeit, an der mehrere Kollegen der Filiale Weiden beschäftigt sind. Dieser Tage ereignete sich ein Unglücksfall, bei dem unser Kollege Gössel sein Leben einbüßte. Als dieser Kollege nach Arbeitsluß durch die Rude herauskletterte und über die Brücke den Bahndamm zu erreichen suchte, wurde er von einem in voller Fahrt befindlichen Personenzug auf die Seite geschleudert und so schwer verletzt, daß er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, in einigen Stunden verschied. Seine Arbeitskollegen brachten ihn nach Weiden, wo er nur mehr als Leiche ankam. Der Verunglückte war die einzige Stütze seiner alten Mutter und stand unmittelbar vor der Verheiratung. Das Glück zweier Familien ist nun zerstört. Wer trägt die Schuld? Der Vertrag, den die Eisenbahnverwaltung mit der Firma abgeschlossen hatte, enthielt unter anderem die Bestimmung, daß von der Bahnverwaltung ein Arbeiter zur Verfügung gestellt wird, der den dort beschäftigten Gehilfen das Herannahen der Züge zu melden hat. Die erste Woche wurde denn auch diese Bestimmung erfüllt, dann kam aber dem Bahnmeister von Neutitz die Sache zu teuer und er veranlaßte die Entfremdung des Arbeiters mit der Bemerkung, daß sich die Bahn diese Ausgabe nicht leisten könne. Zu beachten ist dabei, daß die dortige Strecke im Umbau begriffen ist und selbst auf der Brücke die Schwellen herausgenommen waren. Auch macht die Bahn vor der Brücke eine scharfe Kurve. Um so notwendiger wären ernste Vorsichtsmaßnahmen gewesen. Jetzt schiebt man die Schuld auf den toten Gehilfen. Nach unserer Meinung ist aber auch die Firma Moscher & Noos an dem Unglück nicht unschuldig, denn sie hätte auf die Erfüllung der Vertragsbestimmung bestanden müssen und, wenn dies nicht möglich war, was allerdings nicht zu verstehen wäre, dann hätte sie eben den Aufsichtsdienst selbst übernehmen müssen. An den Brückenarbeiten wurde bisher so gut verdient, daß auch diese Ausgabe hätte getragen werden können. Unsern Kollegen raten wir dringend, darauf zu bestehen, daß die Bestimmung erfüllt wird.

Proletarisches Zukunftsglück.

Die Arbeitslosigkeit nimmt in erschreckender Weise zu. Damit verlieren Tausende und Abertausende das aller-einfachste wirtschaftliche Lebensrecht. Und die Gläubigen, die arbeiten können, sie müssen jetzt, wo es Arbeitsplätze genug gibt, besonders wachen, daß das Unternehmertum nicht eine Machtprobe verübt, um die kümmerliche Lebenssituation der Proletarier noch zu schmälern. Wenn eine Zeit, dann ist es darum die gewittererschwangere Zeit der Krise, die die Proletarier zum einigen gewerkschaftlichen Zusammenbruch mahnt. Es sollte doch nicht einen einzigen Lauen mehr geben, der seine proletarische Pflicht selbst in den schwersten wirtschaftlichen Zeiten nicht erkennt.

Nicht einmal das einfachste wirtschaftliche Lebensrecht ist dem Proletarier vergönnt. Und die allerschlechtesten Voraussetzungen des Lebens muß er in starkem Zusammenbruch erdingen und wahren, während sich drüben — die Zuständigen reden eine klare Sprache — Reichtum zu Reichtum häuft. Kann es einen tieferen Stand sittlicher Kultur geben, als ihn der Kapitalismus darstellt?

Un uns liegt es, eine neue Kultur zu erkämpfen. Das ist das Große, Menschheitsgroße unseres Kampfes, daß er mit der Niederwertung der kapitalistischen Macht zugleich die kapitalistische Kultur vernichtet, daß er mit dem neuen Arbeitsrecht zugleich die neue Sittlichkeit bringt.

„Der größte Reichtum des Menschen“, sagt Goethe, „ist das Gemüt, das groß genug ist, keinen Reichtum zu verlangen.“ Und im Herzen wird in dieser neuen Welt proletarischer Kultur der Reichtum wohnen. Da gibt es nicht mehr Dividenden und Coupons, da hat nicht der das größere Glück, der größeren wirtschaftlichen Reichtum hat; ein jeder hat sein Lebensrecht und alle haben die gleiche Lebensvoraussetzung. Das Glück des Ganzen ist des Neuen Lebens neuer Geist. Und um so glücklicher ist jeder in dem neuen Leben, je reicher sein Herz, je tiefer sein Gefühl, je freudiger sich seine Seele einigt in das neue Gemeinheitsleben. Und darum sind dann die die neuen Glücklichen, die schon heute jene Zukunft in sich erleben: Gemeinheitsgefühl, Solidarität, proletarische Treue.

Gewerkschaftliches.

Im Buchdruckgewerbe kam es nach längeren, schwierigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zu einer Einigung über die Teuerungszulage. Danach sind an neuer, wöchentlich Zulage den Gehilfen an allen Orten in Lohnklasse A (unter 21 Jahren) 10 M., in Lohnklasse B (21 bis 24 Jahre) 15 M. und in Lohnklasse C (über 24 Jahre) 20 M. zu zahlen. Diese Beträge sind auf die heutigen Löhne zu zahlen, und zwar mit Wirkung ab 1. November. Die Teuerungszulage hat Gültigkeit bis 31. März, kündbar mit vierwöchiger Frist. Seit dem 15. September dieses Jahres betriebsweise oder örtlich gewährte Sonderzulagen können mit der neuen Teuerungszulage verrechnet werden. Wegen einer etwaigen Verrechnung im beletzten Gebiet, und soweit es sich um bereits bisher gezahlte Teuerungszulagen handelt, sind die Kreisämter beziehungsweise das Tarifamt als letzte Instanz zuständig. Die Entschädigung für Lohnausfall bei verkürzter Arbeitszeit wird bis zum 31. Dezember dieses Jahres mit 25 % weitergezahlt. Vom 1. Januar bis 31. März 1921 mit 20 %, vom 1. April bis 30. Juni 1921 mit 15 %, vorbehaltlich etwa noch ergebender gesetzlicher Bestimmungen. Die übliche Hilfsarbeiter bis zu 21 Jahren erhalten 8 M., über 21 bis 24 Jahre 9 M. und über 24 Jahre 12 M.; männliche Hilfsarbeiter erhalten in denselben Altersgruppen 8, 16 und 17 M.

Zum Ausgleich für die erhöhte Teuerungszulage werden die derzeitigen Preise für Herstellung von Drucksachen um 5 % erhöht. Mit diesem Beschluß sind die Differenzen, die der Beratung des neuen Buchdrucker tariffs entgegenstanden, beseitigt.

Ueber die organisatorischen und taktischen Fragen der Gewerkschaften sagte der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart nach dreitägigen Beratungen mit allen gegen 7 Stimmen nachstehenden Beschluß:

„Es ist zwingende Pflicht der Organisation, ihrer einzelnen Organe und ihrer Mitglieder, sich vertraut zu machen mit den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Problemen, die die herrschende Wirtschaftskrise in ihrer ganzen Tiefe aufgeworfen hat. Nur eine Befestigung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft kann aus dem herrschenden Elend heraus- und zu gefünderen Zuständen führen. Das muß durch die Verwirklichung des Sozialismus geschehen. Den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, Träger des wirtschaftlichen Umstellungsprozesses zu einer sozialistischen Produktions- und bedarfswirtschaft zu sein. Auf dem Wege zu diesem Ziel sind es die Gewerkschaften, die ihre ganzen Machtmittel einsetzen müssen sowohl in den entscheidenden Machtkämpfen zwischen Kapital und Arbeit als auch in stetem Kampfe gegen die Politik der Regierung und der hinter ihr stehenden, kapitalistischen Interessen vertretenden Parteien, deren verberbliche Politik zu immer untraglicheren Zuständen führt. Die Zuspitzung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse zwingt das Proletariat zu einheitlichen machtvollen Aktionen. Den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, die Führung dieser planmäßig vorbereitenden und einheitlich durchzuführenden Aktionen zu übernehmen. Sollen jedoch diese notwendigen Aktionen des Proletariats von Erfolg getragen sein, dann müssen die Gewerkschaften als einheitliche, geschlossene Kampfesglieder ausgebaut und erhalten werden. Alle Verbandsmitglieder haben die Pflicht, jeden Versuch einer Zersplitterung der gewerkschaftlichen Einheitsfront, von welcher Seite er auch kommen möge, auf das schärfste zurückzuweisen. Der erweiterte Beirat weist ferner hin auf die immer wieder in Erscheinung tretenden, ohne Verständigung und unter Ausschaltung der Gewerkschaften planlos inszenierten Streiks, die die Interessen der Arbeiter aufs empfindlichste

schäden und denen unbedingt Einhalt zu setzen werden muß. Sollen die wirtschaftlichen Schäden der Arbeiterklasse erfolgreich sein, so müssen sie planvoll vorbereitet durchzuführen und getragen sein von den wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse, den Vereinigungen der Gewerkschaften.

Reichskonferenz der Gemeinde- und Gemeindeverbandsangehörigen. In Magdeburg tagte die erste Reichskonferenz der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angehörigen der Gemeinden und der Gemeindeverbände. 51 Vertreter aus allen Teilen des Reiches waren anwesend. Die Konferenz nahm entschieden Stellung gegen die Absätze 1 und 5 des preussischen Gesetzes vom 4. Juli 1920, betreffend vorläufige Regelung des Gemeindebeamtenrechtes, und die Ausführungsbestimmungen des Ministers des Innern vom 2. August 1920. Sie verlangte Mäßigung des Begriffs "Dauerangestellter" unmittelbar durch das Ministerium unter Einzigung des Zentralverbandes. In der Regelung der Anstellungsbedingungen durch Tarifverträge wurde festgehalten und gegen die Unterstellung unter die Beamtenrechte entschieden protestiert. Der Abschluß eines Reichstarifvertrages (Manteltarif) mit dem Arbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände wurde zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, seine Annahme aber von dem Verhandlungsergebnis abhängig gemacht. Besonderer Wert wird dabei auf ein verbessertes Mitbestimmungsrecht gelegt. Die Konferenz hielt die baldige Schaffung einer freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation für dringend notwendig. Eine Zusammenfassung in Industrieverbände wurde abgelehnt, dagegen wird ein enger Zusammenarbeiten mit den Gemeindearbeitern für unbedingt notwendig gehalten. Protestiert wurde gegen die Versuche der Aufsichtsbehörden, den Gemeinden und Gemeindeverbänden den Leittarif für die Angestellten des Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen aufzudrängen, um dadurch den Abschluß günstigerer Tarifverträge unmöglich zu machen.

Ein Antrag auf die Schaffung von Verwaltungsschulen für Angestellte fand Annahme.

In den Reichsfachauschüssen wurden gewählt: Klente (Seelow), Duldhandt (Wolmirstedt), Schwarze (Köln), Klotz (Chemnitz), Kabelex (Münster), Menge (Kolberg) und Saas (Münsterberg).

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1919.

Nach dem letzten vom Deutschen Transportarbeiterverband herausgegebenen Jahrbuch zählte der Verband im Vorjahre rund 191.000 Mitglieder, am Schlusse des Berichtsjahres konnte er aber bereits 520.888 aufweisen. Diesem erfreulichen Aufschwung der Mitgliederzahl steht eine ebenso große Steigerung der Einnahmen und Ausgaben gegenüber. Die Gesamteinnahmen stiegen um 17.872.135,68 M auf 21.240.484,26 M, während die Ausgaben um 13.801.283,34 M auf 16.483.602,05 M stiegen. Von dem Ueberschuß entfielen auf die Hauptkasse 3.197.461,16 M und auf die Ortskassen 1.830.150,05 M. Die Zahl der Wochenbeiträge stieg auf 20.178.088, das ist gegenüber dem Jahre 1918 eine Zunahme von 18.253.922. Von den Ausgaben entfielen auf Unterstüßungen aller Art 6.777.055,10 M, das macht auf den Kopf des Mitgliedes 33,50 M. Der größte Teil dieser Summe entfiel auf die Streikunterstützung, nämlich 1.020.321,04 M, für die Arbeitslosen, deren 130.954 vorhanden waren, wurden 1.815.589,39 M verausgabt. Für Krankenunterstützung wurden ausgegeben 758.803 M, und für Gemahrsamstellen 22.200,40 M aufgebracht werden. Einen recht großen Umfang nahmen im Berichtsjahre die wirtschaftlichen Kämpfe ein. In 5594 Lohnbewegungen ergaben sich 672.562 an den Bewegungen Beteiligte, von denen 518.718 dem Verbandsangehörigen, insgesamt eine Mehreinnahme von 985.255.575,44 M pro Jahr. 1284 Verbandsmitglieder waren an Lohnbewegungen anderer Gewerkschaften beteiligt und errangen dort für sich eine Lohnsteigerung von 1.063.780 M. Auf jeden an den Lohnbewegungen Beteiligten entfiel also eine jährliche Mehreinnahme von 1388,85 M. Diese Lohnsteigerung, die im Durchschnitt gegen das Jahr 1918 47,2% beträgt, hält aber keineswegs mit der Verteuerung der Lebenshaltung im selben Zeitabschnitt Hand; denn diese stieg nach den Kölnerischen Indexziffern vom Januar bis Dezember 1919 um 79%. Diese Lohnbewegungen verursachten dem Verbands 3 1/4 Millionen Mark Kosten.

Wenn man erfährt, daß von der großen Zahl der Lohnbewegungen nur 16 erfolglos blieben, so bekommt man erst eine rechte Vorstellung von der Macht, die der einigen Arbeiterkraft innewohnt. Diese Einigkeit besteht heute leider nur noch in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, in den Gewerkschaften. In demselben Maße, wie sich die politischen Arbeiterparteien im Bürgerkampf zerfleischen, wächst die Aufgabe der Gewerkschaften. Auf ihnen ruht in der Hauptsache die Aufgabe, die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterkraft zu sichern und zu verbessern und sie vorzubereiten auf ihre großen Aufgaben der Zukunft. Das können die Gewerkschaften aber nur, wenn sie sich fernhalten von dem unheiligen Bürgerkrieg, wenn sie jene, die auf Rosskuss Befehl das jetzt wertlose Volkswort der Arbeiterkraft zertrümmern wollen, von sich abspalten, wenn sie ihre politische Neutralität und damit ihre Geschlossenheit wahren.

Sozialpolitisches.

Die Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der A. A. in Nr. 4 der „Betriebsrätezeitung“ veröffentlicht wurde. In Nr. 4 der „Betriebsrätezeitung“ veröffentlicht wurde. In Nr. 4 der „Betriebsrätezeitung“ veröffentlicht wurde. In Nr. 4 der „Betriebsrätezeitung“ veröffentlicht wurde.

rats mit den in den Konkurrenzbetrieben oder den Verbandsbetrieben tätigen Kollegen ist er gar nicht in der Lage, die Interessen seines Unternehmens auf ihre Wichtigkeit nachprüfen zu können. Die Betriebsräte sind in diesen Fällen zu verurteilen, wenn sie über die Ausnutzung ihrer Gewinnchancen, dort betreiben sie als Monopolisten ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer und die Interessen der Allgemeinheit, was zu ihrem Vorteil unternommen werden soll. Da gibt es gar keinen andern Weg, als auch die Betriebsräte in den Fachgruppen durch die Betriebsrätezentralen der Gewerkschaften zusammenzufassen, und zwar so schnell als irgend möglich. Während den Unternehmern die Geldmittel unbegrenzt zur Verfügung stehen, um ihre Fachverbände in Gang zu bringen, auf Geschäftskosten ist es in den Verbänden gemacht werden kann ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten, fehlen den Betriebsräten die Mittel völlig, um mit ihren Kollegen zu den notwendigen Ausdrücken zusammenzutreffen zu können. Hier ist eine Lücke, die gefüllt werden muß. Auch die Arbeiterschaft hat ein Recht darauf, daß sie ihre Vertrauensleute im Interesse der Betriebe zusammenstellen lassen kann. Da die Fachverbände der Unternehmer die Preisprüfung haben, beschaffen sie sich auch aus diesen Gebühren auf Kosten der Allgemeinheit die Mittel für die Erhaltung der Fachverbände.

Wenn nun die Arbeiter den Anspruch stellen, auch für ihre Zwecke Mittel aus den Betriebsrechnungen zu erhalten, so wird der natürlich mit Entrüstung abgelehnt. Ein Unglück ist es, daß die Arbeiter so leicht durch wilde Streiks ihre Mittel vergeuden, statt sie für den Aufbaueffekt Betriebsräteorganisationen den Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen. Die Betriebsräte müssen alle Kraft daransetzen, daß die Fragebogen so gut als möglich ausgefüllt werden; denn sie sind notwendig, um die Arbeiterschaft nach Fachgruppen organisieren zu können. Daß die Arbeiterschaft hier auf dem richtigen Wege ist, beweisen ja klar die „vertraulichen“ Rundschreiben. Deswegen muß ohne Rücksicht auf alle Drohungen vorgegangen werden, da in den Fragebogen gar nichts enthalten ist, was das Geschäftsgeheimnis verletzt. Der Einwand, daß die Fragebogen der Auslandsespionage dienen können, ist eitel Spiegelschere. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß der Ausländer, der sich über die Betriebe unterrichten will, mit Hilfe seiner Bankverbindungen und auf unzähligen andern Wegen es viel leichter kann, als über die Arbeiter, die ja nur über Vorgänge in ihrer allerersten Umgebung und dort auch meistens schlecht informiert sind. Wir können den Betriebsräten, Arbeitern und Angestellten nur dringend empfehlen, ihren Gewerkschaften so bald als möglich die Fragebogen ausgefüllt zur Verfügung zu stellen.

Erhöhte Winterzüge für Erwerbslose.

Zur besseren Versorgung der Erwerbslosen hat die Reichsregierung beschlossen, im Winter die Unterstützungssätze vorübergehend zu erhöhen. Neben der Erhöhung im einzelnen und deren Durchführung teilt der Reichsarbeitsminister mit: Die Erhöhung tritt mit Wirkung vom 1. November an in Kraft und hat bis zum 31. März 1921 Geltung. Für die Ortsklasse A betragen die wintertlichen Höchstsätze für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 10 M, sonst 8 M, unter 21 Jahren 6 M; für weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben, 8 M, sonst 6 M, unter 21 Jahren 4 M. Die Familienzuschläge dürfen in der erwähnten Zeit insgesamt das Zweifache der Unterstützung, im einzelnen aber folgende Sätze nicht übersteigen: Für den Ehegatten und Kinder bis zum 16. Jahre 4 M, für sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 3 M. Der Reichsarbeitsminister betont hierzu, daß die ungünstige finanzielle Lage des Reiches der Reichsregierung leider nicht gestattet, den weitergehenden Vorschlägen der Landesregierungen zu folgen. Insbesondere kann neben der Erhöhung der Unterstützungssätze eine besondere Winterbeihilfe nicht gewährt werden. Durch die Erhöhung soll vor allem den Haushaltungsvorständen und den kinderreichen Familien geholfen werden. Es erhält zum Beispiel in der Ortsklasse A ein Erwerbsloser mit Frau und 2 Kindern unter 16 Jahren statt 15 M wie bisher in den Wintermonaten 22 M.

Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919.

Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919.

daher, wie kaum eine andere behördliche Stelle, in der Lage, unparteiische Urteile über Stand und Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zu gewinnen. Das ganze Jahr 1919 stand noch unter dem Zeichen der Demobilisierung, der politischen Wahrung, der wirtschaftlichen Unsicherheit, des fürchterlichen Drucks durch den Friedensvertrag. Aber es kann als hoffnungsvolles Zeichen begrüßt werden, daß fast in allen Bereichen, abereinstimmend aus allen Teilen des Reiches, in den letzten Monaten dieses schlimmen Jahres Zeichen von steigender Arbeitsfreudigkeit festzustellen wurden. Einen besonders breiten Raum nimmt in den vorliegenden Bänden die Berichterstattung über die neuen Gesetze und Verordnungen ein, die vom Reichsarbeitsministerium zur Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erlassen werden mußten: so die Verordnungen über Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter, über Tarifverträge, über den Achtstundentag, über die Unterbringung der Kriegsbeschädigten usw. Eingehend wird ferner die Frage behandelt, ob und wie weit es möglich war, die Arbeitsräume, Maschinen, Gerätschaften, die während des Krieges stark abgenutzt worden sind, wieder in guten, einwandfreien Zustand zu bringen. Der gute Wille hierzu war fast überall vorhanden, doch erwachsen stellenweise aus dem Mangel an Baustoffen, andern Rohstoffen und Ersatzteilen große Schwierigkeiten.

Die Berichte enthalten ferner eine Fülle von interessanten Beobachtungen über Unfallschäden, Gesundheitsschädigungen, Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit, Heimarbeit, Kinderarbeit usw., so daß jeder, der irgendein Sondergebiet der Sozialpolitik bearbeitet, reichliches Quellenmaterial findet.

Im Zusammenhang mit den Berichten für 1919 sei auch noch auf die zusammenfassenden Berichte über die Kriegsjahre 1914 bis 1918 hingewiesen (gleichfalls im Verlag Deder, Preis 148 M.). Forscher, die künftig eine Geschichte des Krieges schreiben wollen, sollten nicht nur das studieren, was an den Fronten vor sich ging, sondern auch diese Berichte mit besonderer Aufmerksamkeit. Aus all der ruhigen, streng sachlichen Berichterstattung steigt das Bild des schweren wirtschaftlichen Ningens auf, dem das deutsche Volk im Innern unterworfen war. Die ungeheuren Anstrengungen der Industrie, sich den Gezeckbedürfnissen anzupassen, die wachsenden Schwierigkeiten, durch die immer mehr einschränkende Blockade, die fast übermenschlichen Arbeitsleistungen von Männern und Frauen — das alles ist in den Berichten dauernd und einwandfrei festgehalten.

Vereinstell.

Bericht der Hauptkasse für den Monat Oktober.

Eingekandt haben: Apolda 485,86 M., Augsburg 1200, Berlin 5600, Buehen 900, Beverungen 251,90, Braunschweig 2088,27, Cleve 208,80, Cöln 3000, Cottbus 520, Cuxhaven 850, Danzig 12000, Darmstadt 8100, Dessau 2000, Eisenberg 91,40, Elbing 198,75, Emden 3000, Erfurt 1000, Schwege 1584,50, Frankfurt a. M. 3000, Freiburg 600, Friedberg 2000, Füllinswalde 888, Gera 500, Glogau 985,20, Göttingen 800, Grünberg 512,55, Gumbinnen 1800, Halle 6000, Hamm 1104,30, Heidelberg 4705, Jauer 399,50, Jüngststadt 587,20, Karlsruhe 2300, Kattowit 1000, Kiel 2000, Königsbrunn 587,50, Köstritz 800, Kumbach 400, Leipzig 8000, Lindau 888, Pfladt 750, Lübeck 2000, Marburg 1000, München 4000, Naumburg 400, Neustrelitz 1084,40, Oldenburg 1500, Passau 800, Pforzheim 1500, Plauen 5000, Prenzlau 700, Rathenow 800, Saarbrücken 10.600, Singen 500, Spandau 2566, Stettin 5500, Stolp 1, Pomm. 700, Stuttgart 8000, Swinemünde 819,80, Tilsit 897,60, Trier 700, Ulm 1200, Weida 275, Weiden 841,60, Wilhelmshaven 500, Wolfenbüttel 210,10. J. Peirich, Kassierer.

Sterbetafel.

Berlin. Am 29. Oktober starb der Kollege Ernst Peterfen, geboren 5. April 1876 in Berlin. — Am 1. November starb der Kollege Oskar Krug, geboren 24. April 1884 in Coblenz.

Selzig. Am 27. Oktober starb unser lieber Kollege, der Kassierer Robert Saas, geboren 28. März 1877 in Jussenhausen, an Kehlkopftuberkulose. Ihre threm Auhenden!

Die Woche vom 14. bis 20. November 1920 ist die 46. Beitragswoche.

Malerschule Buxtehude
gegr. 1877.
Kriegsbeschädigten-Kurse.
Größte Schule für Dekorationsmaler!
Goldene Medaillen u. Ehrenpreise.
Prospekt durch die Direktion.

Malerschule Zweibrücken
Spezialabteilung für Holz- und Marmoraleure
Schriften — Glasvergolden —
Heinrich Gentes
Eintr. z. jed. Zeit. Prosp. gratis.

Pinselfabrik
u. Strohbürsten jeder Art
für Industrie u. Handwerk
liefert seit Jahren am vorteilhaftesten
H. W. Witte, Berlin,
Hufelandstr. 46. Tel.: AIX 332.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigter, ob im Haus- oder als Nebenberuf, der sich sofort seine Buchstabenpausen zur Verfertigung von Brillen-Glasplattmalereien sowie auch zur Herstellung von Violinmalereien aller Art ausleihen läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die schönsten Glas- und Violinmalereien herstellen. Besonders sehr wertvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vorzügliches sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 10 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 20 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1/4 bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Kristallbild im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillen-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einsendung von 18 M. Prantoguldenung. Albin Hulmischer, Maler, Kilden (im Bild.)

Abendkurse
für neue Holz- u. Marmoraleure, auch für Kriegsbeschädigte, erteilt Fr. Popp, Damsburg-Oppeud., Regelhofstr. 27, Spil. Anmeldungen täglich.

Zürchoner
aus Celluloid
kauft man bei Eduard Isemann
Bruchsal i. Baden. — Telefon 70.

Wilhelm Walter
Dele, Lacke, Leime
Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer.
Damsburg-Oppeud., Regelhofstr. 72.
Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Sirnis,
Lacke, Leime, Schellack lauft jeden
Böhen
Handlung chemischer Produkte,
Berlin O 24,
Wilhelm-Stolte-Str. 38,
Königsplatz 71-72.

Im Spezialunterricht
d. Winterkurses in „Schotta“
Maler-Technikum, Schwerin
i. V. s. begn. l. d. feinsten in der
Praxis gut bewährt. 1. Mon.
Spezialkurse (mod. d. größt.
Kochen f. lang. teure Lebens-
mittel, gepart. w.) finden Sie
d. richt. sichere Ausbildung f. jed.
Lohn. Fach u. idal. prakt. Gebr.
Diese Schule bietet Ihnen durch
ihre überall anerkannt. groß.
Vorzüge i. jed. Weise d. Beste.
Beginn auf Wunsch d. deutsch.
u. ausländ. Schül. l. d. schon
am 5. Okt. / Eintritt jederzeit.
Freie Wahl f. jed. Fach. / Sehr
günst. Wohn- u. Verpf. - Verb.
Mäßiges Schulgeld. / Kriegs-
beschäd. bedeut. Preisermäß.
Anmeld. f. spät. Mon. rechtst.
um sich Platz zu sichern. / Maß-
kost. (a. üb. Weich- u. Gestein-
Prüf.). Auftr. - Schr. Nr. 12
u. auß. Schreibanst. l. d. v.
Wiedtg. Maler-Technikum,
Schwerin i. M. 6

Nr. 44 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.